

## **Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im RVR anlässlich der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2017**

**Sperrfrist: Freitag, 9. Dezember 2016 – 10:30 Uhr.**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

### **Neue Qualität und neues Level in der regionalen Kooperation in der Metropole Ruhr**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Frau Regionaldirektorin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der vorliegenden Haushaltssatzung beschließen wir erstmals seit 10 Jahren eine sehr moderate Anhebung der von den Mitgliedskommunen zu zahlenden Umlage. Mehr als die tariflichen Steigerungen der Personalkosten sind damit nicht abgedeckt. Wesentlicher Bestandteil des Haushaltes sind die zahlreichen Projekte, zu denen wir jetzt erstmals Kosten- und Finanzierungs- sowie Zeit- und Maßnahmenpläne vorliegen haben. Hier gibt es hier und da noch Nacharbeitungsbedarf, aber wir sind damit schon ein gutes Stück weiter. Für dieses Mehr an Transparenz sind wir sehr dankbar.

## **Umsetzung der Standortwerbekampagne steht an**

Nach der Entscheidung für eine Standortwerbekampagne waren zunächst Grundlagen zu schaffen. Die RVR-Imagestudie legt dar, dass unsere Region z. B. als „Weltoffen aus Tradition“ gilt. Aber sie zeigt auch die Unterschiede in der Binnen- und Außenbetrachtung. Ein Slogan, anschauliche und anfassbare Entwürfe werden fürs kommende Jahr entwickelt. Mit dem Haushalt 2017 stellt die Koalition 4 Millionen Euro für die Umsetzung bereit. Wir sind gespannt auf das, was da kommt. Für uns ist diese Kampagne eines der politisch wichtigsten Projekte. Insofern wird es die Fraktion der Linken nicht überraschen, dass wir den Streichungsantrag der Linken-Fraktion ablehnen. Letztlich ist es Ziel der Kampagne, die Standortvorteile unserer Region national und international darzustellen. Wir brauchen Investitionen und neue Arbeitsplätze. Unser Abschneiden in den vielen Rankings macht uns jedenfalls unruhig.

## **Gartenschau: Über IGA 2027 wird entschieden werden**

Über die gestrige positive Entscheidung über die Bewerbung haben wir uns sehr gefreut. Gleichwohl müssen jetzt Kosten und Finanzierung geklärt werden. Erst dann steht die Entscheidung über die Realisierung an.

Erfreulich ist die Verteilung der Einzelprojekte über die ganze Region, von Xanten bis Hamm. Die hier und da, z. B. durch ein negatives Votum im Kreistag Wesel, vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der finanziellen Tragfähigkeit müssen wir sehr ernst nehmen.

Im Sommer 2017 werden wir feststellen, ob wir das Projekt in der Region realisieren können. Die IGA ist als nachhaltiges Projekt über 2027 mit einer beachtlichen Attraktivitätssteigerung angelegt. Sie reicht weit über die Klimametropole Ruhr.2022 hinaus. Für die Vorbereitung dieser Realisierungs-

Entscheidung sichern wir mit dem Haushalt 2017 den Mehrbedarf für die Schaffung der Grundlagen ab.

## **Revierparks- und Freizeitgesellschaften**

In diesem Jahr haben wir beschlossen, die Einrichtungen in eine Gesellschaft zusammenzuführen. Von den Räten der beteiligten Kommunen werden in diesen Tagen die letzten Zustimmungen erwartet, so dass die gesellschaftsrechtliche Umsetzung im 1. Quartal 2017 erfolgen kann. Dazu gehört auch die Klärung der Personalfrage. Wir brauchen hier kaufmännische und freizeitwirtschaftliche Kompetenz in der neuen Geschäftsführung. Wenn Herne und Dortmund vor Ort weitere Synergien schöpfen wollen, da sind wir sehr sicher, ist das auch unter dem neuen Dach möglich.

Die Probleme der Vergangenheit verschwinden aber nicht einfach durch eine Fusion. Daher sind wir bereit, nach über 10 Jahren die Zuschüsse dauerhaft um 250 T€ p .a. zu erhöhen, da eine Unterfinanzierung des laufenden Betriebsaufwandes z. B. in Mattlerbusch seit Jahren deutlich ist. Die Verteilung der Gesamtsumme soll im kommenden Jahr erfolgen. Sie soll gerecht und den Aufgaben entsprechend erfolgen. Die Zeit von Nachschüssen sollte damit beendet sein.

Die CDU-Fraktion sieht darin auch einen Beitrag zur Wahrheit und Klarheit der Haushaltsführung. Nicht gewährte Zuschüsse beschönigen nur die haushalterische Darstellung. Am Ende ist der Verband verpflichtet Defizite abzudecken. Von den beteiligten Kommunen erwarten wir entsprechend der Verteilung der Gesellschafteranteile eine gleich hohe Zusage.

Für alle Gesellschaften - in und außerhalb der FreizeitmetropoleRuhr GmbH - macht dies 500 T€ pro Jahr aus: Geld, um in die Zukunft der Einrichtungen zu investieren.

## **Bädergutachten auswerten**

In das Themenfeld der Freizeitgesellschaften wird in Kürze das Bädergutachten einzubeziehen sein. Es soll eine Analyse des Angebots, des Bedarfs und der Nachfrageentwicklung im öffentlichen und privaten Bädermarkt in der Region liefern. Das von der Verbandsversammlung im letzten Jahr beauftragte Gutachten soll Anfang 2017 von der Verwaltung vorgelegt werden.

## **Ideenwettbewerb für Kooperationen in der Region**

In der Koalition haben wir die Aussetzung eines Preises für interkommunale Kooperation vereinbart. Dies wollen wir in 2017 in Form eines Ideenwettbewerbs, an dem sich die breite Bürgerschaft beteiligen kann, auf den Weg bringen. Eine Preisverleihung im Rahmen des Kommunalpolitischen Treffens können wir uns vorstellen. 100.000 Euro wird die Koalition daher extra bereitstellen.

## **Literaturpreis Ruhr weiterhin jährlich vergeben**

Die Diskussion über den Ideenwettbewerb war eng mit der Diskussion über den Literaturpreis verbunden. Nennenswerte Einsparungen sind hier nicht realisierbar, auch nicht bei einer nur zweijährlichen Preisvergabe. Mit dieser Erkenntnis wollen wir den Literaturpreis Ruhr weiterhin jährlich vergeben. Allerdings wollen wir seine Organisation und Finanzierung von der Verwaltung überprüfen lassen. Eine Fortentwicklung scheint notwendig zu sein. Konzepten zur Realisierung eines Literaturhauses Ruhr stehen wir offen gegenüber, haben aber Bedenken, ob der RVR hier in Trägerschaft und Finanzierung einsteigen sollte. Die Regionaldirektorin will hierzu berichten.

## **Weitere Felder der Kooperation**

Das Vorgenannte ist nicht alles zum Nulltarif zu haben. Die Koalition hat sich auch in diesem Jahr bemüht, Einsparungen zu realisieren. Wo allerdings ein echter Mehrbedarf für die Übernahme neuer Aufgaben entsteht, sind wir bereit, diesen abzudecken. Die Region hat sich für das Geonetzwerk entschieden. Als dauerhafte Aufgabe wurde es beim Regionalverband Ruhr etabliert. Das Projekt erspart allen Kommunen, eigene konzeptionelle Überlegungen zur Umsetzung neuer EU-Anforderungen zu entwickeln und umzusetzen. Die Mitgliedskörperschaften sparen zusammen mehr als 1 Million Euro pro Jahr, weil die Aufgabe beim RVR für alle koordiniert wird. Der Sinn interkommunaler und regionaler Kooperation wird hier erkennbar – und das in einem Bereich, mit dem der Bürger vor Ort nur selten in Kontakt tritt. Für ihn werden die Wege nicht länger.

Wir sind allerdings der festen Überzeugung, dass im Bereich interkommunaler und regionaler Kooperation sehr viel mehr machbar ist. Wir sind hier gespannt auf eine erste Initiative des Kommunalrates.

In den Rat- und Kreishäusern der Region ist Haushaltskonsolidierung angesagt. Damit stehen auch Umlageverbände wie RVR und Landschaftsverbände in einem Rechtfertigungsdruck. Aus den Stellungnahmen der Kommunen zum Haushalt ist deutlich die Erwartungshaltung erkennbar, auch in der RVR-Verwaltung Konsolidierungsbeiträge zu zeigen.

Hier haben wir der Verwaltung den Auftrag zur Optimierung der Organisation erteilt. Weiter läuft das Verfahren zur Evaluation der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung RVR Ruhr Grün und den Referaten mit Schnittstellen hierzu. Befürchtungen des Personalrates, dass es hier zu Personaleinsparungen kommt, halten wir für unberechtigt. Im Gegenteil, wir möchten Ruhr Grün auch für die Übernahme neuer Aufgaben neu aufstellen. Im Übrigen erwarten wir eine Stärkung der Wirtschaftlichkeit vor allem auf der Einnahmenseite. Schade nur, dass der Prozess so lange dauert. In 2017 muss das politisch beschlossene externe Gutachten vorliegen und dann muss entschieden werden.

Einen weiteren Beitrag für den RVR und die Region erhoffen wir uns vom Thema Digitalisierung. Die Regionaldirektorin wird gebeten, hierzu Vorschläge vorzulegen.

Die CDU-Fraktion hat sich intensiv mit der Übertragung von Haushaltsresten befasst. Im Juli hatte die Verwaltung den Mitgliedern der Verbandsversammlung mitgeteilt, in welchem Umfang noch Haushaltsmittel aus dem Vorjahr zur Verfügung stehen. Diese Übertragung steht auch für den Haushaltsplan 2016 an. Bereits jetzt ist erkennbar, dass aus dem Jahr 2015 etwa 200 bis 300 T€ nicht mehr verausgabt werden. Somit ergibt sich für diese Haushaltsjahre ein Überschuss, den wir zur Finanzierung neuer Projekte heranziehen wollen. Unsere Vorschläge zu Mehrausgaben sind hierdurch alle gedeckt.

Die neuen Aufgaben haben den Personalbedarf des RVR erhöht. Die neuen Stellen für die IGA-Bewerbung werden befristet und unter Bedingungen eingestellt. Die Ausweitung von Aufgaben und Stellen benötigen auch Geld, das durch kurzfristige Einsparungen nicht in der hinreichenden Höhe kompensiert werden kann. Gerade Mehrausgaben im Bereich der Kultur können künftig nur durch noch vorhandene Mittel in anderen Kulturprojekten finanziert werden. Auch das ist ein Beitrag zur Wahrheit und Klarheit der Haushaltsführung.

Zu den zu finanzierenden regionalen Aufgaben kommt ein erheblicher Mehrbedarf bei der Finanzierung der Route der Industriekultur und des Emscher Landschaftsparks. Bei der Route der Industriekultur haben wir jetzt Sicherheit und Klarheit. Über die Verteilung auf die einzelnen Standorte muss gesondert entschieden werden. Erstaunlich sind die unterschiedlichen Kostenentwicklungen - von moderat bis explosiv. Wir erwarten hier auch Beiträge aller Standortkommunen.

### **Regionalplanung beschleunigen und flexibel gestalten**

Wenig vom Haushaltsplan betroffen sind die Inhalte der Regionalplanung. Die Inhalte von Planung sind schwerlich über den Haushalt zu steuern. Auf dem Weg, die Metropole Ruhr zu planen, zu bauen und zu unterhalten, ist die Regionalplanung ein wichtiger Baustein. Vor uns liegt die Beratung über den ersten Regionalplan aus der Region, für die Region und aus einer Hand nach mehr als 40 Jahren. Den Arbeitsentwurf muss die Verwaltung im kommenden Jahr vorlegen. Endlich. Leider ergeben sich auch einige kritische Anmerkungen.

Der umfangreiche und aufwendige Regionale Diskurs der letzten Jahre sollte den Diskussionsbedarf am Ende des Prozesses zeitlich verkürzen. Für die CDU-Fraktion ist das mit Blick auf die in diesem Jahr erfolgten Kommunalgespräche und den sich daraus in vielen Kommunen ergebenden öffentlichen Diskussionen nicht erkennbar. Der Versuch, die Politik weitgehend aus dem hochpolitischen Thema Fläche herauszuhalten, ist offensichtlich gescheitert. Aber über vergossene Milch soll man nicht jammern. Ich stelle nur fest, letztlich entscheiden wir, es wird nicht die Kenntnisnahme einer Verwaltungsmitteilung sein.

Inhaltlich ist der CDU wichtig, dass der Regionalplan den Kommunen hinreichend Raum gibt, eine den Bedarfen entsprechende Ausweisung an Gewerbe- und Siedlungsflächen auszuweisen. In der Flächenbetrachtung brauchen wir Flexibilität. Wenn z. B. aus 70 ha Opel I - Fläche 27 ha Grünfläche entstehen, darf an anderer Stelle auch bisherige Grünfläche in Gewerbefläche umgewandelt werden. Wer sich im Übrigen neuere Gewerbegebiete ansieht, erkennt, welche Bedeutung auch die Unternehmen dem Parkcharakter zumessen.

## **Beteiligungen**

Fast hätte ich es unterlassen, auf den Beteiligungsbereich einzugehen. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass die AGR eine solche Entwicklung nimmt. Sie führt nicht nur an den RVR-Haushalt ab, sie hat auch wieder eine vorzeigbare Eigenkapitalquote. Dazu Glückwunsch und Dank an die ganze Mannschaft in Herten.

Auch die RTG kann eine gute Entwicklung vorweisen. Sie ist als kompetenter Dienstleister in der Region respektiert. Ihre Projekte, wie z. B. die Extra-Schicht und der Day of Song sind imagebildend über die Region hinaus.

Die wmr bemüht sich verstärkt um internationale Kontakte. Eine wichtige Aufgabe, wenn sie denn auch die regionale Wirtschaft und unsere Hochschulen einbindet.

Der Weg zum neuen Regionalplan ist langwierig. So sind es auch viele Projekte, die im Haushaltsplan ihren Niederschlag finden und über seine zeitliche Geltung hinausreichen. Der Haushaltsplan 2017 ist ein Plan auf dem Weg in die Zukunft der Metropole Ruhr, auf dem Weg zum nächsten Level. Er ist die handwerkliche Grundlage, der den Weg zu größeren Projekten ermöglicht. Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt. Den Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2017 trägt die CDU-Fraktion mit den von der Koalition eingebrachten Änderungen und Ergänzungen mit.

Für die handwerkliche Zuarbeit und ihren Schweiß bedankt sich die CDU-Fraktion bei der Verwaltung. Wir bedanken uns beim Referat Finanzmanagement, allen vor Dr. Eva Maria Hubbert, aber auch allen Zuarbeitenden. Dieses Jahr mussten viele Referatsleiter unsere Fragen beantworten. Auch Ihnen sei gedankt.

Glück auf!

Roland Mitschke